

Karsten D. Voigt  
Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit  
Auswärtiges Amt

## **"USA - transatlantischer Partner - Grundlagen, aktuelle Tendenzen, Perspektiven"**

Seminar Internationale Höhere Führung  
an der Führungsakademie der Bundeswehr

Hamburg, 1. Oktober 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Einladung zur heutigen Veranstaltung über die transatlantischen Beziehungen.

### **I. Vorbemerkung: Nähe und Distanz in der transatlantischen Partnerschaft**

Die USA und die Europäische Union sind die mit einander am stärksten verbundenen Weltregionen. Die Breite und Tiefe ihrer Beziehungen ist ohne Beispiel. Sie umfasst von der Sicherheitspartnerschaft über den transatlantischen Handel bis zu den engen kulturellen und zivilgesellschaftlichen Verbindungen alle Lebensbereiche. Gerade auch für uns Deutsche gilt: Die USA sind und bleiben unser **wichtigster Partner** außerhalb der Europäischen Union. Die Wahl Barack Obamas zum neuen amerikanischen Präsidenten hat den transatlantischen Beziehungen neuen Schwung verliehen und zu einer weiteren Annäherung zwischen den USA und Europa in vielen politischen Themenbereichen geführt.

Bei aller Nähe gibt es aber auch eine Reihe dauerhafter **Unterschiede** zwischen den USA und Europa bzw. Deutschland. Sie hängen zusammen mit Fragen der **politischen Kultur** und der unterschiedlichen politischen Rolle in der Welt. Während die USA die einzig verbliebene Weltmacht mit globalen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen sind, ist die EU nur wirtschaftlich mit Amerika auf Augenhöhe, aber politisch oft zerstritten und noch immer zu wenig handlungsfähig. Deutschland für sich genommen ist nur eine regionale Macht. Das transatlantische Verhältnis ist äußerst wichtig und eng. Aber es ist eine Partnerschaft mit ungleicher

Machtverteilung. Für uns Deutsche sind die USA auch wichtiger als wir für die USA. Auf diese Asymmetrie werde ich später noch näher eingehen.

Hinzu kommt, dass Amerikaner und Deutsche manchmal an einander vorbei reden. Wenn beispielsweise Deutsche von **Multilateralismus** in der internationalen Politik sprechen, so meinen sie damit eine Selbstverpflichtung, sich an internationale Regeln zu halten. Diese ist sogar im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert und wird in der öffentlichen Diskussion von niemandem ernsthaft in Zweifel gezogen. Für die Amerikaner ist diese rechtliche und intuitive Selbstbindung an internationalen Konsens eine fremde Vorstellung. Vereinfacht gesagt: Da die Weltmacht sich USA in ihrer eigenen Wahrnehmung zugleich als Vertreterin einer global gültigen Idee von Freiheit und Demokratie ansieht, trägt sie auch weltweit die Verantwortung für deren Durchsetzung. Daraus ergibt sich eine aktive und der eigenen Werte bewusste globale Interessenwahrnehmung, die multilaterales Handeln für wünschenswert, aber keinesfalls für zwingend hält.

Diese Unterschiede haben viel mit der jeweiligen Geschichte der Staaten zu tun: in Deutschland mit der traumatischen Erfahrung der Naziherrschaft und deren Folgen, die den politischen Akteuren bis heute ein tiefes Misstrauen in nationale Alleingänge insbesondere militärischer Art im Bewusstsein verankert; in den USA mit dem erfolgreichen und ohne größere Brüche verlaufenen Aufstieg einer aus einem antikolonialen Befreiungskrieg entstandenen jungen Nation zur Führungsmacht eines Bündnisses freier, demokratischer und prosperierender Staaten. Demokratie und Souveränität sind für viele Amerikaner heute immer noch zwei Seiten einer Medaille.

Kürzlich hielt der amerikanische Verfassungsrichter Antonin Scalia einen aufschlussreichen Vortrag an der American Academy in Berlin. Darin stellte er das staatliche Recht als das einzige „wahre“, weil demokratisch abgeleitete Recht dar. Die Unterwerfung unter einen internationalen Vertrag sei demgegenüber eine Reduzierung von Demokratie. Daher sei bei völkerrechtlichen Verträgen Vorsicht geboten. Die Bundesrepublik hingegen hat seit ihrer Gründung mit der partiellen Aufgabe von Souveränität und die Selbstbindung an überstaatliche Regelwerke eine wirksame und gegenüber seinen Nachbarn vertrauensfördernde Methode zur Verwirklichung seiner Interessen angewandt. Als Mittelmacht ist sich Deutschland auch stärker als die USA der Tatsache bewusst, dass sich regionale und globale Probleme oft nur noch durch bewussten Souveränitätsverlust lösen lassen.

Bisweilen führt dies auch heute noch zu **Reibungen** im transatlantischen Verhältnis. Beispiele sind das geringe Verständnis der USA für die Zurückhaltung Deutschlands und anderer EU-Staaten bei militärischen Einsätzen ihrer Truppen im Ausland und die Ungeduld der Europäer mit der geringen Bereitschaft der USA, sich auf verbindliche internationale Klimaschutzziele oder auch auf die Unterwerfung unter die Jurisdiktion internationaler Gerichtshöfe einzulassen. Positiv bleibt aber festzuhalten, dass die gegenwärtige amerikanische Regierung weitaus stärker als ihre Vorgängerin bereit ist, ihre Politik mit Partnern abzustimmen und multilaterale Institutionen ernst zu nehmen.

## **II. Der Obama-Effekt: neuer Schwung in den transatlantischen Beziehungen**

Der Wahlsieg Barack Obamas bei den US-Präsidentschaftswahlen im November 2008 hat vor allem in Deutschland eine Begeisterung ausgelöst, die an die Kennedy-Zeit erinnert und die nach dem schwierigen Verhältnis der Europäer zur Regierung Bush zu einem **Stimmungshoch** in den transatlantischen Beziehungen geführt hat. Präsident Obama hat die vorherige amerikanische Politik in vielen Bereichen auf den Kopf gestellt und genießt auch persönlich in Deutschland und ganz Europa ein überwältigendes Vertrauen.

Dazu einige Zahlen: Laut einer Umfrage des German Marshall Fund vom Juni diesen Jahres („Transatlantic Trends“) hat Obama die Zustimmung von 92 Prozent der Deutschen (Präsident Bush hatte 2008 nur 12 Prozent Zustimmung). In einer weiteren Umfrage des Pew Research Center ebenfalls vom Juni erklärten 93 Prozent der befragten Deutschen, dass Obama ihrer Meinung nach „das Richtige in den internationalen Angelegenheiten“ tun werde. Dies war nach Kenia der zweithöchste international gemessene Wert. Auch in anderen westeuropäischen Staaten ist das Vertrauen in die Außenpolitik des neuen Präsidenten hoch: 91 Prozent in Frankreich, 86 Prozent in Großbritannien. Die Osteuropäer schätzen Obama positiver ein als Bush, aber zurückhaltender als die Westeuropäer dies tun (z. B. allgemeine Zustimmung zu Obama in Polen bei 55 Prozent gegenüber 44 Prozent für Bush; GMF-Umfrage).

Auch in den USA ist das Publikum kritischer. Hier stimmten im Juni 2009 57 Prozent mit Obama überein (mittlerweile dürfte diese Zahl noch niedriger liegen). Auch in Einzelfragen wird deutlich, dass die Westeuropäer Obama mehr vertrauen als die Amerikaner selbst. So glaubten laut der GMF-Umfrage 75 Prozent der befragten

Europäer, dass Obama beim Kampf gegen den Terrorismus das Richtige tue. Nur 45 Prozent der Amerikaner waren dieser Meinung.

Die sehr guten Umfragewerte für Präsident Obama haben auch das allgemeine **Ansehen der USA** in Europa verbessert. Durch den „Obama-Effekt“ stieg die Zustimmung zu den USA in Deutschland von 31 Prozent (2008) auf 64 Prozent (2009) in Frankreich gar von 42 Prozent auf 75 Prozent (Pew Global Attitudes). Ich stelle jedoch nicht nur eine Verbesserung der transatlantischen Stimmungslage fest, sondern auch eine viel größere Nähe der politischen Konzepte der Obama-Administration und der europäischen Regierungen als dies in den vorherigen Jahren der Fall war.

Dies ist eine große Chance, die Beziehungen zwischen Europa und den USA auf eine neue Grundlage zu stellen. Bundesaußenminister Steinmeier hat Präsident Obama eine enge Zusammenarbeit im Rahmen einer „Neuen Transatlantischen Agenda“ angeboten. Europa und die USA sollten die günstige Gelegenheit nutzen, um gemeinsam Fortschritte bei den zentralen globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Wirtschaftskrise und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie bei der Lösung regionaler Konflikte zu erzielen. Die Erfahrung lehrt, dass diese großen Herausforderungen nur durch eine enge transatlantische Zusammenarbeit bewältigt werden können. Dies gilt auch für die Zukunft, auch wenn andere Staaten wie China, Russland, Indien, Südafrika und Brasilien bei der Problemlösung eine immer wichtigere Rolle spielen.

### III. Die USA und Europa: ein asymmetrisches Verhältnis im Wandel

Für die Europäer sind die USA in fast allen Bereichen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik relevant. Umgekehrt besitzt Europa seit dem Ende des Kalten Krieges für die USA heute zwar immer noch eine hohe, aber zunehmend selektive Relevanz. Zunächst einmal ist die EU wirtschafts- und vor allem handelspolitisch eine wahre Weltmacht und den USA ebenbürtig. In diesem Bereich hat Europa seine Kräfte gebündelt. Es hat einen einheitlichen Markt gebildet, eine gemeinsame Währung geschaffen und sich erfolgreich Märkte in der ganzen Welt erschlossen. Die USA und die EU sind die am engsten verflochtenen und produktivsten **Wirtschaftsräume** weltweit. Miteinander wickeln sie rund 40% des weltweiten Handels ab und sind für einander jeweils die mit Abstand wichtigste Quelle für Direktinvestitionen. Europäische Unternehmen sichern zahlreiche Arbeitsplätze in den USA und umgekehrt. Nach Schätzungen werden auf beiden Seiten des Atlantiks

14 Mio. Arbeitsplätze durch die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen gesichert. Innerhalb der EU nehmen die USA insbesondere Deutschland als politisches Schwergewicht und Führungsnation wahr.

Anders als im wirtschaftlichen Bereich steckt die europäische Einigung in der **Außen- und Sicherheitspolitik** noch in den Kinderschuhen. Hier ist das Verhältnis zwischen der Weltmacht USA und der noch nach ihrer Rolle suchenden EU asymmetrisch. Der Vertrag von Lissabon soll diese Situation verbessern, kann jedoch auch im Fall seines Inkrafttretens nur ein erster Schritt sein. Die USA erkennen an, dass die EU nach all den Kriegen vergangener Jahrhunderte erfolgreich Frieden und Stabilität zwischen ihren Mitgliedstaaten geschaffen hat. Doch die amerikanische Regierung und viele Kongressabgeordnete würden sich wünschen, dass die EU nun auch zu einem wirkungsvollen Akteur in der internationalen Sicherheitspolitik wird und die USA stärker als bisher dabei unterstützt, regionale Konflikte am Rande und außerhalb Europas zu befrieden.

Frühere Bedenken der USA gegenüber einer allzu eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik sind dem Bewusstsein gewichen, dass auch ein so mächtiges Land wie die USA auf starke Partner angewiesen ist. Außenministerin Clinton sagte vor ihrem Amtsantritt: „In den meisten globalen Fragen haben die USA keine engeren Verbündeten als die Europäer“. Dies klingt für uns schmeichelhaft, gibt aber auch der Erwartungshaltung der neuen amerikanischen Administration an die EU und an Deutschland Ausdruck.

Dort wo die europäischen Verbündeten im Rahmen der **ESVP oder der NATO** zur Lösung internationaler Konflikte beitragen, sind sie schon heute für die USA sicherheitspolitisch wichtig. Beispielsweise hat die EU eine Reihe von Militäreinsätzen, Beobachter- und Rechtsstaatsmissionen in Drittstaaten auf die Beine gestellt, so zum Beispiel auf dem Balkan, in Georgien, im Kongo und zuletzt auch zur Piratenabschreckung vor der Küste Somalias. Eine ganze Reihe von EU-Staaten, so auch Deutschland, beteiligen sich zudem am internationalen Kampf gegen den Terrorismus und an der ISAF-Schutztruppe für Afghanistan. Schon zur eigenen Entlastung wünschen sich die USA heute ein noch stärkeres Engagement Europas.

Doch der Bedarf an solchen Einsätzen wächst bislang schneller als die europäischen Staaten Kapazitäten bereitstellen können. Im Gegensatz zu den USA bleiben die sicherheitspolitischen Interessen und erst recht die militärischen und politischen

Fähigkeiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten begrenzt. Schon aus diesem Grund müssen Deutschland und seine europäischen Partner auch in Zukunft sehr sorgfältig abwägen, ob, wann und wo sie sich engagieren wollen. Europa wird auch in Zukunft nicht immer „ja“ sagen können oder wollen, wenn die USA es wünschen. Hinzu kommt, dass die Auslandseinsätze der Streitkräfte auch an die **Grenzen der öffentlichen Meinung** stoßen. So lehnen es laut Umfragen zwei Drittel der Deutschen ab, dass Deutschland künftig mehr militärische Verantwortung in der Welt übernimmt. 55 Prozent fordern einen Rückzug der deutschen Truppen aus Afghanistan. Übrigens wächst auch in den USA, Großbritannien, Kanada und anderen Ländern der Druck auf die Politik, die Truppen von Hindukusch abzuziehen. Dazu später mehr.

Die internationalen Konflikte und damit auch die Bedrohung unserer Sicherheit und unseres Wohlstandes bleiben aber erhalten. Es hilft nichts, davor den Kopf in den Sand zu stecken. Europa sollte die Gestaltung der internationalen Ordnung nicht allein den USA und anderen Mächten überlassen. Auch Europa hat ein Interesse an stabilen und möglichst demokratischen Verhältnissen in der Welt. Deutschland und die anderen europäischen Staaten sollten es daher als Chance begreifen, dass sich die neue US-Administration – auch in Anerkennung der eigenen Grenzen – ein starkes Europa wünscht. Letztlich muss sich Eine realistische Einschätzung unserer begrenzten Fähigkeiten und Möglichkeiten mit der Bereitschaft verbinden, dort Engagement zu zeigen, wo Europa klare Interessen hat und aufgrund seiner Kompetenzen und Erfahrungen zur Lösung von Konflikten und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der örtlichen Bevölkerung besonders gut beitragen kann.

Nur wenn die EU ihre inneren Schwächen und ihre häufige Selbstlähmung in der Außen- und Sicherheitspolitik überwindet, wird sie für die USA relevant bleiben und ihre Interessen und Lösungsstrategien in Washington zu Gehör bringen. Wäre sie dazu nicht in der Lage, würde dies nur dazu führen, dass unilaterale Reflexe in der amerikanischen Politik über kurz oder lang wieder die Oberhand gewinnen.

#### **IV. Die Zukunft der NATO: Verteidigungsbündnis oder Sicherheitsdienstleister?**

Im Verhältnis Europas zu den USA spielt nicht nur die EU, sondern weiterhin auch die Nordatlantische Allianz eine zentrale Rolle. Seit ihrer Gründung ist die NATO die tragende Säule der transatlantischen Partnerschaft. Während des Kalten Krieges gewährleistete das Bündnis den Schutz Westeuropas vor der sowjetischen

Bedrohung. Insbesondere die Bundesrepublik hing in ihrem Bestehen von der NATO und damit der Sicherheitsgarantie der USA ab.

Zu diesen regionalen Sicherheitsfunktionen des Bündnisses kamen nach der Auflösung der Sowjetunion in wachsendem Maße globale Funktionen hinzu. Heute entspringen die wichtigsten Herausforderungen für die USA und Europa entweder globalen Problemen wie z. B. der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder regionalen Konflikten außerhalb des NATO-Raums, etwa im Nahen und Mittleren Osten, in Südasien, Afrika und im Kaukasus. Die NATO ist heute weit außerhalb Europas in Afghanistan im Einsatz. Doch das Bündnis kann nicht Stabilität und Sicherheit auf der ganzen Welt garantieren. Erst recht sollte die NATO sich nicht als globale Weltpolizei verstehen. Die NATO wird aber auch in Zukunft gefragt sein, zusammen mit anderen Partnern punktuell auch in Regionen außerhalb Europas Stabilität zu gewährleisten. Das Beispiel Afghanistan lehrt, dass dabei die Ziele und Risiken solcher Einsätze von Anfang an klar definiert werden müssen.

Die **Mitgliedschaft** in der NATO sollte meiner Meinung nach auf Nordamerika und Europa beschränkt bleiben. Vor neuen Erweiterungsrounds sollten alle außen- und sicherheitspolitischen Implikationen sorgfältig geprüft werden. Dazu gehört vor allem, dass neue Mitglieder zur Sicherheit der NATO beitragen und nicht ungelöste Konflikte in das Bündnis hinein tragen. Die Erweiterungsfrage steht häufig im Vordergrund der Berichterstattung über die NATO. Sie ist meines Erachtens aber im Moment kein vorrangiges Thema. Wichtiger ist, dass sich die NATO-Partner über ein neues **strategisches Konzept** und damit über ihre künftigen Aufgaben einig werden. Soll die NATO in erster Linie die Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten gewährleisten, wie es einige der neuen mittel- und osteuropäischen NATO-Staaten wünschen, oder soll sie sich zu einem globalen Sicherheitsdienstleister für out-of-area-Einsätze entwickeln, wie es den USA vorschwebt. Auf dem NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl wurde ein Prozess eingeleitet, an dessen Ende ein neues strategisches Konzept stehen soll.

Noch ein Wort zu **Russland**: In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen der NATO und Russland deutlich abgekühlt. Gab es in den neunziger Jahren in Russland und in den USA sogar prominente Befürworter einer NATO-Mitgliedschaft Russlands, herrscht mittlerweile Misstrauen im beiderseitigen Verhältnis. Vor allem nach dem Georgienkonflikt im August des letzten Jahres konfrontierten beide Seiten einander mit Schuldzuweisungen. Ausgerechnet in dieser Situation wurde der

NATO-Russland-Rat suspendiert, der doch gerade zur Diskussion von Problemen im Umgang miteinander ins Leben gerufen worden war.

Ich begrüße daher sehr, dass Präsident Obama wieder eine engere Kooperation mit Russland in Aussicht gestellt hat und bei seinem Besuch in Prag im April 2009 angekündigt hat, mit Russland über neue Abrüstungsschritte zu verhandeln. Auch wenn es nötig bleibt, Russland für autoritäre Tendenzen und Menschenrechtsverletzungen in seiner Innenpolitik und sein in einigen Fällen auch völkerrechtswidriges Verhalten gegenüber seinen Nachbarn zu kritisieren, ist es wichtig mit Russland zusammenzuarbeiten, wo immer dies möglich ist. Ohne die Unterstützung Russlands ist es zum Beispiel kaum denkbar, dass die Weiterverbreitung von Atomwaffen gestoppt werden kann und dass Europa seine Energieversorgung sichern wird. Beim Afghanistaneinsatz kooperiert Russland bereits heute mit den ISAF-Truppenstellern. Zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit mit Russland gibt es keine vernünftige Alternative. Ziel deutscher Politik sollte es dabei sein – und dies ist meiner Meinung auch das Ziel der gegenwärtigen deutschen Außenpolitik – die Zusammenarbeit mit Russland in einer Weise zu intensivieren, die gleichzeitig die Interessen der europäischen Nachbarn Russlands berücksichtigt.

## **V Neue Perspektiven der Transatlantischen Zusammenarbeit**

Die transatlantischen Beziehungen umfassen weit mehr als die klassische sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der NATO. Präsident Obama hat seit seinem Amtsantritt eine ganze Fülle substantieller Korrekturen in der Außen-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der USA durchgesetzt, die Amerika näher an kontinentaleuropäische Vorstellungen herangerückt haben. Einen US-Präsidenten, der sich in ähnlicher Weise einer sozial orientierten und nachhaltigen Marktwirtschaft und einer kooperativen Außenpolitik verpflichtet fühlt, hätte man vor kurzem noch nicht für möglich gehalten.

Wir sollten auch nicht unterschätzen, dass Obama mit seiner politischen Agenda erhebliche innenpolitische Risiken eingeht. Seine Klimapolitik, sein Gesprächsangebot an Iran, seine Abrüstungsinitiative, die beabsichtigte Schließung des Gefangenenlagers **Guantanamo** und viele andere Entscheidungen stoßen auf Widerstand im Kongress, auch in der eigenen Partei. Gerade beim Thema Guantanamo wird das letzte Wort auch in Deutschland noch nicht gesprochen sein. Über alle Parteigrenzen wurde die Ankündigung Obamas, das Gefangenenlager bis

zum Januar 2010 zu schließen, begrüßt. Mittlerweile haben eine Reihe von europäischen Staaten angekündigt, Guantanamo-Häftlinge aufzunehmen. Auch Deutschland sollte Obama im Interesse seiner eigenen Menschenrechtsstandards bei der Schließung des Lagers unterstützen, auch wenn die Hauptverantwortung für die Aufnahme der Häftlinge natürlich weiter bei den USA liegt.

Einige besonders wichtige transatlantische Themenfelder möchte ich nun noch herausgreifen – zunächst globale Herausforderungen und schließlich eine Reihe von regionalen Konflikten:

#### **a) Abrüstung und Rüstungskontrolle**

Der Einsatz für die weitere Abrüstung von Atomwaffen und auch von konventionellen Waffen sowie die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen ist ein Schwerpunkt der deutschen Außenpolitik. Dieses Thema hängt eng mit dem bereits erwähnten Verhältnis zu Russland zusammen. Während das Thema „Abrüstung“ in der Zeit der Regierung Bush in den Hintergrund gedrängt wurde, hat Präsident Obama neue Initiativen in diesem Bereich gestartet. Verhandlungen mit Russland über eine weitere Reduzierung der strategischen Nuklearwaffenarsenale im Wege eines Nachfolgeabkommens zum so genannten START-Vertrag haben bereits begonnen.

Es wirkt sich positiv auf das Verhandlungsklima aus, dass die US-Regierung ihre bilateralen Pläne zur Errichtung einer Raketenabwehr in Polen und Tschechien zugunsten eines umfassenderen Systems eingestellt hat. Ein Abwehrsystem in Mitteleuropa war, obwohl ausdrücklich gegen iranische Langstreckenraketen gerichtet, von Russland stets als Bedrohung für die eigene Sicherheit empfunden worden. Gerade nach dem Verzicht der USA auf die Stationierung dieses Abwehrsystems ist es mir wichtig zu betonen, dass unsere östlichen Nachbarn in der EU und der NATO sich auch in Zukunft auf die Unterstützung ihrer legitimen Sicherheitsinteressen verlassen können.

Präsident Obama will die Rolle der Nuklearwaffen in der amerikanischen Sicherheitsstrategie insgesamt verringern. Er schloss sich sogar dem von Kissinger, Schultz, Nunn und Perry vorgeschlagenen Fernziel einer Welt ohne Atomwaffen an. Gleichzeitig stellte er klar, dass die USA ihre nukleare Abschreckung zu ihrer Verteidigung und der ihrer Verbündeten aufrecht erhalten würden, solange andere Staaten ihre Nuklearwaffen behalten. Außerdem strebt Obama eine Ratifizierung des Atomteststopp-Vertrags (CTBT) durch den Kongress und einen neuen Vertrag zum

Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke an. Die Bundesregierung wird diese Ziele unterstützen und hofft auf konstruktive Verhandlungen zwischen der neuen US-Regierung und Russland über weitere Abrüstungsschritte. Diese sind auch eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren des Nichtverbreitungsregimes, also der Bereitschaft von Nicht-Nuklearstaaten, auch in Zukunft auf Atomwaffen zu verzichten.

### **b) Klimawandel**

Obama hat die großen Wachstums- und Beschäftigungschancen einer modernen „Green Economy“ mit klimafreundlichen Technologien und nachhaltiger Energiegewinnung erkannt. Europa kann Amerika auf diesen Feldern seine positiven Erfahrungen vermitteln. Ähnlich wie die deutsche und andere europäische Regierungen sieht Obama die Förderung von Wirtschaft und Arbeitsplätzen und den Schutz der Umwelt nicht als Gegensätze, sondern als miteinander zum gegenseitigen Nutzen vereinbare und gleichgewichtige Ziele an. Nach seinem Willen soll Amerika seine CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 auf das Niveau von 1990 reduzieren und um weitere 80 Prozent bis 2050. Auch will er hohe Summen in die Entwicklung alternativer Energien investieren. Im US-Abgeordnetenhaus gibt es bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf, der allerdings etwas geringere Reduktionsziele für die Emissionen vorsieht.

Dies sind für Europa und gerade für Deutschland, das sich seit langem für einen entschlossenen internationalen Klimaschutz einsetzt, erfreuliche Entwicklungen. Es ist ebenfalls ein gutes Zeichen, dass im Konjunkturprogramm der Obama-Administration die Förderung von alternativen Energien und Energiesparmaßnahmen eine so große Rolle spielt. Obama begreift die gegenwärtige Krise also als Chance, das Wirtschaftsmodell der USA umzugestalten und fit für die Zukunft zu machen. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung scheint ihm dabei zu folgen.

Im Kongress gibt es aber weiterhin viele skeptische Stimmen. Vor allem im Senat sind die Mehrheitsverhältnisse für Obama schwierig. Derzeit sind der Präsident und die demokratische Kongressmehrheit stark durch die sehr kontroverse Reform des Gesundheitswesens absorbiert. Die Republikaner scheinen entschlossen, sowohl die Gesundheitsreform als auch eine ambitionierte Klimaschutzgesetzgebung zu blockieren. In beiden Fällen machen sie ideologische Argumente und Kostengründe geltend. Bis zu den Verhandlungen um ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll im Dezember in Kopenhagen verbleibt jedoch wenig Zeit. Ohne einen

inneramerikanischen Konsens in der Klima- und Energiegesetzgebung erwarte ich nicht, dass sich die USA in Kopenhagen auf verbindliche und substantielle CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele festlegen lassen.

### **c) Finanz- und Wirtschaftskrise**

In der Reaktion auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich Obama offener als frühere amerikanische Regierungen zu verstärkter Transparenz der Finanzwirtschaft und zur Weiterentwicklung des globalen Finanzsystems geäußert. In der gegenwärtigen Rezession kämpfen die USA und Europa mit den gleichen Problemen strauchelnder Banken und Autofirmen, konjunktureller Einbrüche und steigender Arbeitslosenzahlen. Auch wenn sich die Konjunkturindikatoren in Deutschland und auch in den USA gerade wieder verbessern, ist die Krise vermutlich noch nicht ausgestanden. Anders als in den USA gibt es in Deutschland wegen der Kurzarbeit und der guten Binnenkonjunktur aber keine wirkliche Krisenstimmung. Auch gab es keine Immobilienkrise. Aber auch bei uns steigen die Arbeitslosenzahlen und die Defizite in den Staatshaushalten. In den USA liegt die Arbeitslosenquote mit 9,7 Prozent, bei geringerer sozialer Absicherung, sogar höher als bei uns. Über die nächsten zehn Jahre wird für den US-Haushalt ein Fehlbetrag von unfassbaren 9 Billionen Dollar vorhergesagt. Dieses Geld fehlt für Schulen, Kindergärten, öffentliche Sicherheit, Infrastruktur, soziale Leistungen und andere wichtige Ausgaben.

Es wird nun darauf ankommen, dass die USA und Europa ihre weiteren Maßnahmen auf einander abstimmen und die Situation nicht mit protektionistischen Maßnahmen verschlimmern. Außerdem müssen jetzt Vorkehrungen getroffen werden, damit sich eine Finanzkrise dieses Ausmaßes nicht mehr wiederholt. Alles andere wäre fahrlässig, denn den Staatshaushalten und damit den Steuerzahlern kann man unmöglich weitere große Rettungspakete für Finanzinstitutionen aufbürden. Es darf grundsätzlich keinen Finanzplatz, keine Finanzinstitution und kein Finanzprodukt ohne Transparenz und Aufsicht geben. Darin stimmen die Regierung Obama und die meisten europäischen Regierungen überein. Bei allem Verständnis für die Sorge um bestimmte Finanzstandorte sollten sich die Regierungen in den Verhandlungen der großen zwanzig Wirtschaftsnationen (G20) auf diesen Mindeststandard einigen.

### **d) Regionale Konfliktsituationen**

Auch in ihren Strategien zur Stabilisierung regionaler Konfliktsituationen nähern sich die USA und Europa einander weiter an. Während die Regierung des früheren Präsidenten Bush teils auf die gewaltsame Transformation repressiver Staaten von

außen, den Export westlich-demokratischer Vorstellungen, scharfe Abgrenzung gegen autoritäre, antiwestliche Regime und zumindest zu Beginn auf unilaterales Handeln setzte, will Obama die amerikanische Außenpolitik neu ausrichten. So ist er bereit, direkte Gespräche auch mit schwierigen Staaten wie **Iran** und Syrien aufzunehmen um Verhandlungsspielräume auszuloten. Er signalisiert damit eine neue Offenheit und seinen Respekt auch vor den Meinungen von Gegnern, ohne die Grenzen eines solchen Dialogs zu verkennen. So lehnen die USA weiterhin eine nukleare Aufrüstung Irans und die Unterstützung Teherans für terroristische Organisationen strikt ab. Mit diesem Ansatz identifizieren sich seit langem auch die deutsche und andere europäische Regierungen. Deutschland ist gemeinsam mit den USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China Teil einer Gruppe, die mit der iranischen Regierung über das Nuklearprogramm Irans verhandelt. Bislang ist Iran nicht hinreichend auf das Gesprächsangebot eingegangen und lehnt eine Aufgabe des Atomprogramms ab. Damit wächst auch der Druck aus dem US-Kongress und der Öffentlichkeit auf den Präsidenten, den Ton gegenüber Teheran wieder zu verschärfen.

Den Konflikten im **Nahen Osten** hat sich Obama sofort nach Amtsantritt gewidmet und den ehemaligen Senator Mitchell zu seinem Sonderbeauftragten ernannt. Auch wenn es zur Zeit wenig Anlass zu Hoffnung gibt, müssen sich Europa und die USA künftig noch stärker für die Suche nach einer Lösung einsetzen, die die Sicherheit Israels garantiert und den Palästinensern die Perspektive zu einem eigenen Staat und friedlicher Entwicklung ermöglicht. Dabei erwarten die USA Zugeständnisse von beiden Seiten. Im Falle der Palästinenser betrifft dies z. B. den Gewaltverzicht und die Anerkennung Israels als jüdischer Staat. Im Falle Israels geht es vor allem um den Siedlungsbau in der Westbank. Der Vertrauensverlust zwischen den Konfliktparteien im Nahen Osten birgt die Gefahr, dass die Gewalt immer wieder eskaliert. Da von dieser Region große Sicherheitsbedrohungen auch für Europa ausgehen, kann uns der Konflikt nicht kalt lassen.

Ein besonders schwieriges Problem für die transatlantischen Partnerschaft bleibt die Stabilisierung **Afghanistans** und **Pakistans**. Deutschland ist mit bis zu 4.500 Soldaten der drittgrößte Truppensteller der ISAF-Schutztruppe in Afghanistan. Die USA werden demnächst 68.000 Soldaten dort stationiert haben und debattieren über eine weitere Truppenaufstockung. Präsident Obama hat in einer neuen Strategie für die Region die Bedeutung des zivilen Wiederaufbaus und der Einbeziehung der Nachbarstaaten Afghanistans betont. Dies ist ein Ansatz, den Deutschland immer gefordert hat und ausdrücklich unterstützt.

Aufgrund der Misserfolge bei der Befriedung des Landes und infolge der Probleme bei der afghanischen Präsidentschaftswahl ist die Diskussion um Sinn und Zweck des Einsatzes am Hindukusch mittlerweile jedoch auf beiden Seiten des Atlantiks voll entbrannt. Derzeit ist eine knappe Mehrheit der Amerikaner gegen den Kampfeinsatz. Bei den Demokraten sind es sogar 70 Prozent. In dieser Situation ist es sehr schwierig für Präsident Obama, um Zustimmung zu einem weiteren Truppenaufwuchs zu werben, den die Kommandeure wünschen. Manche Stimmen in den Medien und im Kongress fordern bereits einen Zeitplan für einen Truppenabzug. Auch in Deutschland wird diese Diskussion nunmehr offen geführt.

Minister Steinmeier hat angekündigt, in der nächsten Legislaturperiode die Grundlagen für einen Abzug aus Afghanistan schaffen zu wollen. Dazu hat er ein „Zehn-Schritte“-Konzept für Afghanistan vorgelegt. Er wirbt dafür, mit der neuen afghanischen Regierung konkrete und verbindliche Ziele für die Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte zu vereinbaren. Dies wäre eine notwendige Voraussetzung für den Abzug von NATO-Truppen. Schließlich führt die Lage in der Region auch zu potentiellen Sicherheitsrisiken für Deutschland. Ganz zu schweigen von der Gewaltherrschaft, die sich bei einem vorschnellen Abzug der ausländischen Truppen sofort wieder in Afghanistan etablieren würde.

## **VI Fazit**

Die globalen Herausforderungen, die auf die transatlantischen Partner zukommen, lassen sich ohne eine enge Kooperation nicht bewältigen. Nicht nur Europa, sondern auch ein so mächtiges Land wie die USA benötigt Partner, um Lösungen für die drängenden Probleme unserer Zeit zu finden. Dies haben die letzten Jahre gezeigt. Während die USA im Irak und in Afghanistan an Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen sind, hat Deutschland seinen - freilich wesentlich enger gezogenen – Handlungsrahmen seit der Wiedervereinigung schrittweise ausgedehnt. Deutschland hat Bundeswehrtruppen und zivile Kräfte unter anderem auf den Balkan, in den Kaukasus, nach Afghanistan und ans Horn von Afrika entsandt, um zur internationalen Sicherheit beizutragen, eine Entwicklung die 1989 so noch nicht zu erwarten war.

In Deutschland und in der EU insgesamt finden die USA bewährte Verbündete, deren Interessen und Werte denen der USA am ehesten entsprechen. Die neue US-Administration hat ihre Bereitschaft zur engen Kooperation mit den europäischen

Partnern geäußert. Die Europäer sollten sie beim Wort nehmen und ihre engagierte Mitgestaltung auf allen relevanten Feldern der internationalen Politik anbieten. Dabei werden punktuell auch in Zukunft Unterschiede in den Meinungen und außenpolitischen Ansätzen zwischen Europa und den USA sichtbar werden. Schließlich haben beide Seiten ihre spezifischen Traditionen, Kulturen, historischen Erfahrungen und politischen Rollen, die bestehen bleiben werden. Amerikaner und Europäer sollten jedoch über Meinungsverschiedenheiten in Detailfragen nicht die großen Schnittmengen ihrer gemeinsamen Herausforderungen, Interessen und Werte aus den Augen verlieren.